

6 SEITEN

★ hamburg

rote

hilfe

DM
0,30

Nr. 3

LERNEN u. KÄMPFEN



Denn was geschah am 15. Juli 1971?:

Gegen 9.15 Uhr lief im norddeutschen Raum in und um Hamburg die Aktion Cora, die größte militärische Polizeiaktion nach dem Krieg an. Hamburger und Schleswig-Holsteinische Polizei, zusammen mit den Einheiten des Bundesgrenzschutzes eine aus 3000 mit Maschinenwaffen ausgerüsteten Beamten bestehende Bürgerkriegstruppe, unterstützt mit allen technischen Mitteln bis hin zu Hubschraubern, "probte" in Hamburg den Ausnahmezustand. 15 Hauptstraßen der Stadt wurden abgesperrt, BMW-Fahrer und Insassen im Rahmen der Aktion für "vogelfrei" erklärt. Gegen 14.15 Uhr bestand die aufgebauete Mordmaschinerie ihre Probe: Ein blauer BMW durchbrach die Absperrung an der Stresemannstraße. Polizei in Streifenwagen und Hubschraubern verfolgten den Wagen. Im Barenfelder Kirchweg ließen die Insassen, Petra Schelm und Werner Hoppe ihr Auto stehen und flüchteten zu Fuß vor den Einsatzkommandos. Der Einsatzbefehl der Polizei, je nach Situation gezielt zu schießen, kam zur Ausführung: "Da zog der Beamte den Abzugbügel seiner Maschinenpistole durch. Von einer Kugel unter dem linken Auge getroffen brach die Frau auf dem Bürgersteig tot zusammen." (Hamb. Abendbl. 16.7.71)

Die Aktion hatte das Ergebnis gebracht, das von Wegbereitern, Initiatoren und Ausführenden, den Springers, Genschers und Ruhnaus vorausgesehen war. Der Rahmen, in dem die Aktion ablief, stellte von vornherein klar, daß Liquidierungen nicht vermeidbar und von den Verantwortlichen auf jeden Fall nicht unerwünscht waren.

KOMMT ZUR
Petra Schelm
VERANSTALTUNG
AM DO., 13.7. UM 18⁰⁰ UHR
im Hörsaal 7 des Uni-
Hauptgebäudes. Edmund-
SIEMERS-ALLEE

RECHTSFRAGEN SIND MACHTFRAGEN!

Am 22. Oktober letzten Jahres konnten wir in der Tageschau einen lebensechten Film über die Praktiken "unserer" Polizei sehen:

Margrit Schiller, eine junge Frau, wurde von vier Polizeibeamten einer Meute skuppeloser Lohnfotographen als jüngste Beute der Baader-Meinhof-Hatz vorgeführt. Zwei weibliche Beamte, die man trotz ihrer Gewalttätigkeit nicht als Gewalttäter bezeichnen darf, hatten Margrit am Oberkörper gepackt, zwei männliche (!) Beamte hielten sie mit sichtlichem Vergnügen an ihren entblößten Beinen fest, so wurde die junge Frau, Unterleib voran, in den Sitzungssaal des Polizeipräsidiums in Hamburg geschleppt, nicht anders als ein Schwein zum Markt.

Der Hamburger Polizeipräsident, der im Sitzungssaal auf die Vorführung seiner Trophäe wartete, begrüßte den Vorgang mit der Erkenntnis: "Aha, da ist sie." Offenbar veranschaulichte die Verwältigung Margrit Schillers für ihn, was Polizeiminister Genscher später in der sogenannten Sicherheitsdebatte als eine entschlossene Anwendung des Rechts bezeichnete.

Viele Menschen reagierten mit Empören auf das Vorgehen der Polizei, und manche schrieben sich ihre leibhaftige Erinnerung an SS-Methoden von der Seele, so z. B. C.H. Landfried, der inzwischen für die Äußerung seines Unmuts auch schon einen Denkkettel in Form von DM 150,- Geldstrafe bekommen hat. Andere brachten den Vorgang zur Anzeige, in der - wie sich nunmehr herausgestellt hat - trügerischen Hoffnung, daß der bürgerliche Staat solche Brutalitäten auch als Ungerechtigkeit ahndet.

Wie trügerisch diese Hoffnung war, hat sich nunmehr herausgestellt, nachdem die Staatsanwaltschaft das "Ermittlungserfahren gegen Polizeipräsident Dr. Redding und andere Polizeibeamte wegen Verdachts strafbarer Handlungen, begangen im Zusammenhang mit der Vorstellung der Studentin Margrit Schiller auf einer Pressekonferenz" simpel einstellte. Die Begründung dieser Einstellung ist höchst aufschlußreich, weil sie uns ebenso wie das Landfried-Urteil zeigt, was wir vom Recht und von der sogenannten Rechtssicherheit zu erwarten haben, wenn seine Anwendung nicht im Interesse der herrschenden Klasse und ihres Exekutiv-Ausschusses, des Staates, liegt.

Auf über 20 Seiten bemüht die Staatsanwaltschaft, mit wohlabgewogenen und nach allen Seiten durchdachten Rechtsargumenten die Rechtmäßigkeit von Margrit Schillers Vergewaltigung nachzuweisen. Was sie aber in Wirklichkeit beweist, ist dies: Recht ist ein Stück Papier, wenn man nicht die Macht hat, es durchzusetzen; wer auf die Gerechtigkeit setzt, liefert sich den Lakaien der Bourgeoisie, die sich einen schwarzen Talar umhängen, damit man sie nicht erkennt, direkt ans Messer.

In der Einstellungsverfügung ergeht Oberstaatsanwalt Deter sich in weitschweifigen Erörterungen über Sinn und Zweck der Durchführung des Strafverfahrens, die einer Doktorarbeit würdig wären. Da legt er eine Vorschrift der Strafprozeßordnung vom Wortsinn her aus, interpretiert sie historisch, untersucht ihre systematische Stellung und wendet schließlich auch noch die "theologische Methode" auf sie an. Und was ist das Ergebnis dieser geheimwissenschaftlichen Künkelei?! Schlicht und einfach: Margrit Schillers Vergewaltigung war rechtmäßig! - Muß das ein Recht sein!

Bei all seiner gerechtigkeitswissenschaftlichen Murmelei ist der Oberstaatsanwalt Deter sich jedoch nicht dumm genug, so ganz nebenbei auch zu zeigen, welchen Ursprungs seine Entscheidung wirklich ist. Da ist dann plötzlich von der "Notwendigkeit wirkungsvoller und zeitgemäßer Maßnahmen gerade der Bekämpfung der Schwerestrafkriminalität" die Rede und zur Begründung wird ein Gesetz vom 24.11.1933 angeführt. Dabei weiß der Oberstaatsanwalt natürlich feinsinnig zu unterscheiden und versucht, dem möglich Einwand "24.11.1933?" sogleich den Wind aus den Segeln zu nehmen. Denn: dieses Gesetz geht garnicht auf nationalsozialistisches Gedankengut zurück, es wurde nämlich als Entwurf schon 1930 diskutiert! So der Oberstaatsanwalt.

Daß er andererseits seine Entscheidung nicht ausschließlich mit Gesetzen von 1933 zu begründen braucht, zeigt der Oberstaatsanwalt an anderer Stelle. Da wird dann unversehens eine Aussage von Polizeiminister Genscher mitten in die unvoreingenommene Rechtsargumentation mit eingebaut. Sie lautet: "Erfolgreiche Fahndung ist heute nur möglich durch gegenseitig abgestimmte Maßnahmen, durch Einsatz aller modernen Kommunikationsmittel...". Es scheint, der Oberstaatsanwalt hat die gegenseitige Abstimmung und die Kommunikation mit dem Minister sehr ernst genommen. Ernster jedenfalls hätte der Volksgerichtshof Verhaltensanweisungen aus Berlin auch nicht nehmen können.

Was lehrt uns die Einstellungsverfügung? Der Ausbau des Staates zu einem Polizeistaat wird jedenfalls nicht an dem Begriff Rechtsstaat scheitern. Genscher hat recht, wenn er sagt: "Wir werden auch bei der Bekämpfung des Terrors keinen Millimeter vom Weg des Rechts abweichen." Das hat er auch garnicht nötig. Recht ist dehnbar, siehe Oberstaatsanwalt Deter, und wo es nicht mehr gedehnt werden kann, da wird es mit "rechtsstaatlichen" Mitteln geändert, siehe Sicherheitsgesetze. Wer auf den Rechtsstaat baut, baut auf Sand. Und: Rechtsfragen sind Machtfragen.



Polizeivorführung Margrit Schiller

UND IMMER WIEDER: HAUSDURCHSUCHUNG

Am 3. Juli wurde eine Wohnung in der Hamburger Neustadt von unserer tüchtigen Polizei, die mit ca. 15 Zivilen mit Panzerwesten, gezogenen Pistolen und 8 Uniformierten mit MPs angetreten waren, gründlich durchsucht. Da die Bewohner sich cool verhielten und auf überflüssige Bewegungen vorsichtshalber verzichteten, ging es ohne Blutvergießen ab. Die Aktion, obwohl durchaus im großen Stil durchgeführt, war anscheinend so dringend angesetzt worden, daß man keine Zeit fand, sich vorher über die Identität der seit Jahren ordnungsgemäß polizeilich gemeldeten Bewohner zu informieren. Obwohl angeblich auf der Jagd nach einer gesuchten Person, die sich - ein heißer Tip von Unbekannt - in der Wohnung aufhalten sollte, wurde, nachdem kein Verdächtiger ins Netz ging, nicht darauf verzichtet, die Wohnung gründlich zu durchsuchen, wahrscheinlich in der Annahme, die gesuchten Personen könnten sich in Kleiderschränken, hinter Bücherborden oder in Kartei-kästen verkrochen haben.

So bleibt nur der Schluß, daß die tüchtige Polizei sich an dem Steckbrief orientiert hat, den ihr Generalbundesanwalt Martin in der BILD-Zeitung zur Verfügung stellte: "kein Kontakt zur Nachbarschaft... lange Haare... Matrasen auf dem Boden...". Immerhin, der Kontakt zur Nachbarschaft ist endlich hergestellt (sie hat sich solidarisiert), die Haare werden abgeschnitten, und die Matrasen fliegen raus, so daß zumindest einige Gründe für zukünftiges Einschreiten weggefallen sein dürften. Ein weiterer Beweis dafür, wie leicht eine entsprechende Geste unserer tüchtigen Polizei, zur rechten Zeit mit Nachdruck ausgeführt, selbst "soziale Randgruppen" auf den rechten Weg zurückbringen kann.

**DIE MACHT
DES KAPITALISMUS
BRINGT TERROR UND
FASCHISMUS**

INHALT:

**MARGITSCHILLER
PROZESSBERICHT
NACHR. V. INFORM.
KNASTOTHEK**



FREISPRUCH LIEBER
BRUDER! WAR NATÜRLICH
(PUTATIVE) NOTWEHR



Polizist tötet Mopedfahrer

Duisburg - „Ich habe an den Amokschützen von Oberhausen gedacht und Angst bekommen. Daraufhin gab ich den Schuß ab.“ Dies sagte der 21jährige Polizeioberwachtmeister, nachdem er einen Arbeiter (22) in Duisburg aus vermeintlicher Notwehr erschossen hat. Einer motorisierten Polizeistreife war im Hafengebiet ein junger Mann aufgefallen, als er mit seinem Moped davonbrauste. Der Oberwachtmeister entdeckte den Verdächtigen schließlich auf einem Speditionsgelände. Als der Mann seine Hand in die Jackentasche steckte, ergriff den Beamten Panik. Er schoß.



**HOPPE HOPPE REITER
 DER KLASSENKAMPF GEHT WEITER
 WIRD EINER IN DEN KNAST GESTECKT
 WERDEN HUNDERT NEUE AUFGEWECKT
 SIND ERST MAL ALLE WACH
 DANN GIBT'S DEN GROSSEN KRACH
 WERNER IST SCHON 19 TAGE
 IM HUNGERSTREIK!**

PROZESSBERICHT:

WIE DIE POLIZEIFÜHRUNG WEITERE TODESSCHÜTZEN AUS DEM SCHUSSFELD HÄLT!



Der Schleier über die Ermordung Petra Schelms hat sich noch ein wenig mehr gelüftet: Nachdem bisher klar war, daß Petra im Kreuzfeuer von zwei Polizisten starb, ergab sich aus zwei Zeugenaussagen, übereinstimmend, daß noch mindestens ein Polizist, wenn nicht sogar zwei weitere Polizisten beim Schußwechsel anwesend waren. Staatsanwaltschaft und Polizei haben diese Polizeibeamten bisher aus dem Verfahren herausgehalten und haben sogar versucht,

deren Beteiligung zu vertuschen:

Dem Schußwaffensachverständigen Hacker waren sämtliche gefundenen Patronenhülsen und Projektile mit den Waffen der bisher genannten Polizisten übergeben worden. Die Waffen der ein oder zwei Polizisten, die nach den letzten Zeugenaussagen außerdem noch beteiligt gewesen sein müssen, sind natürlich nicht dabei gewesen. Hacker wurde nach 14 Tagen noch zwei weitere Hülsen nachgereicht, die von jemanden aus der Bevölkerung in der Reinickestraße gefunden wurden. Da diese Hülsen natürlich nicht zu einer der vorgelegten Waffen passten, wurden sie weggeworfen, der von Hacker dazu angefertigte Bericht wurde nicht in die Prozeßakten aufgenommen. Hier hat die Polizei also zwei Geschosshülsen verschwinden lassen, von denen sie hätte erklären müssen, woher sie kommen. Es liegt, vor allem nach diesem Verhalten der Polizei, der Verdacht sehr nahe, daß auch diese Hülsen aus der Waffe eines Polizisten stammen, vielleicht sogar aus der Waffe, mit der Petra Schelm erschossen wurde.

Trotz der Zeugenaussagen hielten es weder Staatsanwalt noch Gericht, deren Aufgabe nach eigenen Worten die "Wahrheitsfindung" ist, für nötig, die Namen der weiteren Polizeischützen zu ermitteln und den verlorenen Geschosshülsen nachzugehen. Auf den entsprechenden Hinweis des Verteidigers Werner Hoppes sagte der Vorsitzende, das Gericht werde sich nicht bemühen, "schließlich müssen wir uns mit dem begnügen, was vorliegt".

DER RICHTERSSAAL GLEICHT EINEM HEERLAGER

Eine ausgesprochene Provokation war die Massierung von bewaffneten Polizisten im Gerichtssaal. Anfangs unbemerkt waren nach und nach zusätzlich zum "Sicherungskommando" bis zu 50 bewaffnete Polizisten in den Zuschauerraum eingesickert. Werner Hoppe, Verteidiger und Zuhörer fühlten sich vor allem wegen der Entwicklung zum hemmungslosen Schußwaffengebrauch durch die Polizei in letzter Zeit bedroht. So hatte sich z. B. beim Ortstermin ein nervöser Polizist selbst in den Fuß geschossen und ein Polizist des "Begleitkommandos" sagte, als Rechtsanwalt Hannover zeigte, wie ungenau man die Richtung einer Pistole schätzen kann: "Auf den mücht ich gern einmal schießen; dann kann er ja nachher mal sagen, ob ich direkt auf ihn, oder ein bis drei Meter daneben gezielt habe."

KOMMT ENDLICH ZUM PROZESS GENOSSENEN!

Werner Hoppe legte aus einer Information der RH Berlin eine Liste von Namen von Leuten vor, die im Laufe des letzten Jahres von Polizisten willkürlich ("in Notwehr") niedergeschossen wurden. Das Gericht war jedoch anderer Meinung und lehnte den Antrag der Verteidigung, die bewaffneten Polizisten aus dem Zuhörerraum auszuschließen, ab mit der Begründung, Polizisten müßten immer Dienstkleidung tragen, und die Pistole gehöre nun mal zur Dienstkleidung!

EIN SACHVERSTÄNDIGENURTEIL MACHTE DEN REST DER AUSSAGEN DER POLIZEIZEUGEN ZUNICHT

Alle Polizeizeugen, die hier gegen Werner Hoppe auftraten, wollen am Mündungsfeuer und aus der Richtung der Pistole erkannt haben, daß Werner auf sie geschossen hat. Dies erwies sich jedoch als ein sehr brüchiger Holzweg: der Sachverständige Hecht aus Berlin sagte aus, daß bei hellichem Tage keinerlei Mündungsfeuer, auch nicht aus Entfernung von 40 cm zu erkennen ist. Auch eine genaue Richtung (die erforderlich ist für eine Verurteilung wegen versuchten Mordes oder Totschlages) kann man nicht feststellen, da selbst bei großen Abweichungen ein "ungutes Gefühl" bleibt. Das einzige was zu erkennen ist, nämlich das Hüpfen der Pistole beim Rückschlag, hat keiner der Ruhnau-Zeugen gesehen.

Facit: Von den belastenden wesentlichen Aussagen ist mithin fast nichts mehr übrig geblieben. Da dieses Gericht aber den Auftrag hat, Werner Hoppe unter allen Umständen einzulochen, wird man sehen können, wie die Richter bei ihrer "Urteilsfindung" die Zeugenaussagen zehnmal drehen und wenden werden, um doch noch etwas herauszuholen.

WERNER HOPPE SOLL FERTIG GEMACHT WERDEN? DER FASCHIST HAHN WIRD MIT SAMTHANDSCHUHEN ANGEFASST

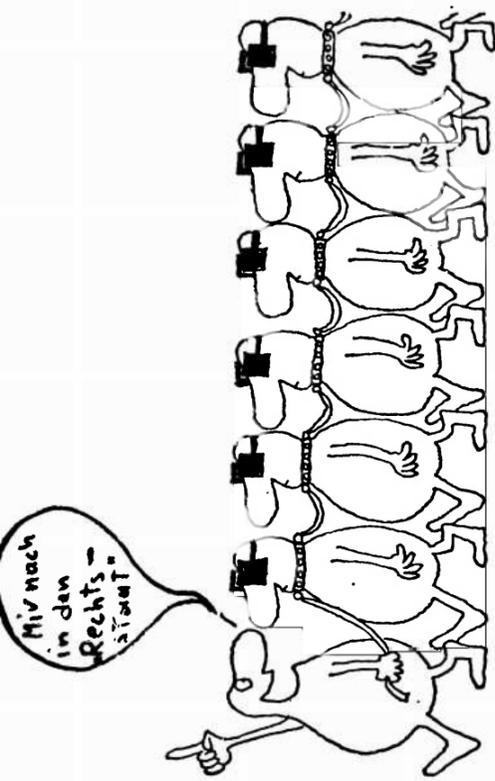
Nur ein Stockwerk höher findet der Prozeß gegen den Faschisten Hahn statt. Dr. Ludwig Hahn, 64, Volljurist, seit 1936 in der Gestapo, ist der Mörder von Warschau. Seine "Stationen": Einsatzkommandoführer in Gleiwitz und Kattowitz, Sicherheitspolizeikommandeur in Krakau, Himmlers Beauftragter in Pressburg, Einsatzgruppenleiter in Griechenland, zum Schluß: SD-Spezialist mit dem Auffangen Zurückflutender Gruppen beschäftigt, 1941 bis 1944 Polizei- und SS-Führer in Warschau. Allein während seiner "Warschauer Station" wurden im Ghetto 900.000 Juden umgebracht. Dazu kommt die Ermordung von Tausenden und Abertausenden Widerstandskämpfern, zu denen das Gericht lapidar erklärt: "Das ist vom Kriegsrecht gedeckt". Dieser Faschist und millionenfacher Mörder, der lange Zeit nach dem Kriege untertauchen konnte, der dann bei IOS "tätig" war, der Schwager des Nato-Generals Steinhoff (der natürlich von alledem nichts wußte) ist, darf frei herumlaufen.



Er hat ja ein Kavalliers-Delikt begangen. Werner Hoppe, nur ein Stockwerk tiefer, wird von einem riesigen Polizeiaufgebot bewacht. Sogar in seiner Freistunde ist er gefesselt. Oben hingegen eilen die Faschistenzeugen ein und aus. Sie entlasten ihren Faschistenkumpanen und erhalten noch obendrein Zeugengeld und Fahrtkosten ersetzt. So kann z. B. ein ehemaliger Schutzpolizeiführer, ohne Angst haben zu müssen, sofort verhaftet zu werden, schildern, wie unter seiner Führung Hunderte von Juden und Widerstandskämpfern samt der Leichenverbrennungskommando liquidiert wurden.

Also auch hier bewahrheitet sich der alte Satz von der Klassenjustiz: es wird mit zweierlei Maß gemessen. Deshalb wird man schon jetzt ohne Illusionen prophezeien können: Werner Hoppe, Hamburger Hafearbeiter und Kämpfer gegen das kapitalistische System wird man versuchen, aufgrund der Lügen der Polizeizeugen wegen versuchten Mordes zu verknacken, dem Akademiker, IOS-Mitarbeiter, Steinhoff-Schwager, millionenfachen Mörder und Faschisten Hahn wird man entweder "Befehlsnotstand" bescheinigen oder wegen nicht stichhaltiger nicht zweifelsfreier Aussagen freisprechen.

**DER PROZESS GEHT WEITER
 AM 17.7. UM 9UHR**



Dieses ist ein (der) Käfig →



**WIR SIND HIER DRIN FÜR EUCH
IHR SEID DA DRAUSSEN FÜR UNS**

KNASTOTHEK



Strafanstalt Tegel, 1 Berlin 27, Seidelstr. 39
Dieter Zielke, Gerhard Zawiszewski, Gerhard Knutz,
Hilmar Budde

Jugendstrafanstalt Plötzensee, 1 Berlin 13, Heckerdamm 16
Hans-Jürgen Donth

Untersuchungsgefängnis Moabit, 1 Berlin 21, Alt Moabit 12 a
Alfred Mahrländer, Horst Mahler, Hans Kallup, Dieter Kunzelmann,
Klaus Hoppstädter, Michael Kipp, Joachim Tiedtke,
Eric Grusdat, Hans-Jürgen Bäcker, Bernhard Braun, Heinz Jansen,
Brigitte Asdonk, Monika Berberich, Irene Goergens, Ingrid
Schubert, Rolf Mauer

Frauenhaftanstalt, 1 Berlin 21, Lehrterstr. 61
Brigitte Mohnhaupt, Dorothea Ridder

8 München 90, Stadelheimerstr. 12
Peter Schult, Alois Aschenbrenner, Sigfried Hecker

8602 Ebrach, Jugendstrafanstalt
Richard Preindl, Edmund Bach, Roland Otto, Karl-Heinz Kuhn,
Helmut M. Heiland

891 Landsberg, Hindenburgring 12

8214 Bernau, Postfach 23/5509
Edgar Wolz

844 Straubing, Äußere Passauerstr. 90
Heine Schoof, Rolf Pohle, Rolf Heissler

89 Augsburg, Karmelitengasse 12

8890 Aichach, Schloßplatz 7
Margit Czenki

7 Stuttgart-Stammheim, Aspergstr. 60
Helmut Pohl

54 Koblenz, Simmernstr. 14a
Karl Gaiser, Inge Viet, Harald Sommerfeld, Wolfgang Knups,
Ulrich Schmückler

5 Köln 30, Rochusstr. 350
Astrid Proll, Jan Carl Raspe, Ulrike Meinhof

68 Mannheim, Herzogenriedstr. 111
Ulrich R. Luther

KNASTHILFE

Zur Zeit läuft in Hamburg der Prozeß gegen den Genossen Werner Hoppe im Strafjustizgebäude am Sievekingplatz. Über den Prozeß wurde bisher ausführlich in der RH-Infos berichtet.

Der Justiz gelingt es immer öfter, kämpferische Genossen von uns zu isolieren, sie von der politischen Entwicklung insgesamt abzuschneiden, sie ist aber nicht in der Lage, den Kampfgeist der Genossen zu brechen.

Wir dürfen nicht zulassen, daß der Justiz diese Isolierung immer mehr gelingt.

Die RH hat sich innerhalb ihres Programms die Aufgabe gestellt, dafür zu sorgen, daß die Genossen im Knast die Haftzeit kämpferisch politisch durchstehen, d.h., daß sie beteiligt sind an den theoretischen und praktischen Aufgaben der Revolution.

Dazu ist notwendig : **G E L D**
Jeder Genosse im Knast kann einmal in der Woche einkaufen, er darf im Monat DM 50,- verbrauchen. Es ist notwendig, daß die Gefangenen extra etwas kaufen können, um die Folgen der Haftnahrung für den Gesundheitszustand abzuwehren. Wo dies nicht gewährleistet ist, versucht die RH einzuspringen.

EIGENE KLEIDUNG
Die Genossen tragen zum Teil Anstaltskleidung, weil sie niemanden haben, der ihnen eigene Sachen besorgt und sie regelmäßig reinigt. Für jeden Genossen muß jemand in 10 - bis 14-tägigen Abständen frische Wäsche, besonders Unterwäsche, Socken, Pullover bringen und die schmutzigen Sachen mitnehmen, um sie zu reinigen und auszubessern.

BESUCHE
Es ist wichtig, die Besuchsmöglichkeiten - im Abstand von 14 Tagen - voll auszunutzen. Bei Genossen, die uns direkt aus dem Knast kontaktieren, ist es nötig, sich mit den Freunden und Eltern der Genossen zu treffen und den so entstandenen Kontakt aufrecht zu erhalten. Mit den Freunden und Eltern zusammen muß die politische und materielle Unterstützung des Genossen während und nach der Haft organisiert werden.

BÜCHER UND ZEITUNGEN
Die Genossen im Knast wollen lesen : Wir müssen sie ständig mit Literatur versorgen, mit kommentierten Bücherlisten und zwar jeweils ihren spezifischen Interessen entsprechend. Bei den Besuchen auch mit den Genossen über ihre theoretische Arbeit diskutieren.

PROZESSVORBEREITUNG
Die Genossen müssen wissen, daß sie sich nicht alleine auf ihre Prozesse vorbereiten, sondern daß dies geschehen muß in enger Zusammenarbeit mit den Genossen von der RH, vor allem aber in Verbindung mit der breiten kämpferischen Solidarität der Massen der Prozeßbesucher im Gericht und draußen.

BRIEFE
Die Briefe der Genossen sind mit ihr einziges Kommunikationsmittel nach draußen. Wir werden daher die Briefe in unseren Infos veröffentlichen, d.h. wir werden sie sozialisieren, allen zugänglich machen. Noch einmal, die Genossen brennen darauf, zu erfahren was draußen läuft und daß von uns, und nicht aus der bürgerlichen Presse. Wir müssen ihnen schreiben, was wir machen, über Kampagnen berichten und über Auseinandersetzungen innerhalb der Linken. Außerdem wollen sie Fotos über Ereignisse, am liebsten solche, die wir selbst gemacht haben.

NOCH EINS ...
Die Genossen im Knast sind kein Material und keine Objekte, es sind Menschen, nur wenn man sie als Subjekt begreift, kann ein intensiver Kontakt und praktische Solidarität möglich werden. Es ist aber auch nicht möglich, massenhaft Solidarität mit den inhaftierten, angeklagten und verurteilten Genossen herzustellen, wenn man in ihnen mehr oder weniger zufällige Opfer der Klassenjustiz sieht, sondern Solidarität nur dann wirksam und massenhaft werden kann, wenn man sich auf die revolutionären Ziele der Genossen bezieht, ergibt sich die Notwendigkeit zu Analysen des Kampfes dieser Genossen und der Angriffe des Staatsapparates.

Ein Teil der Solidarität wäre jetzt konkret, massenhaft zum Prozeß von Werner Hoppe zu kommen, der Prozeß vermittelt auch ein großes Maß an sinnlicher Erfahrung der politischen Unterdrückung.

BRIEF AUS DEM KNAST

758 Bühl, den 2.7.72
Vollzugsanstalt

Mit einem 20-tägigen Hungerstreik protestiere ich gegen die polizeistaatlichen Praktiken der Ermittlungsbehörden gegenber politischen Gefangenen, insbesondere

gegen alle, besonders im Zusammenhang mit den polizeilichen Festnahmen erfolgten Mißhandlungen, von denen mir nur die gegen Siegfried Hausner, Karmen Roll, Margrit Schiller und Heinrich von Rauch bekannt geworden sind,

gegen Ausschluß und Nichtzulassung von Rechtsanwalt Schily, dem von Gudrun Ensslin und Katharina Hammer-schmidt gewählten Verteidiger, aus den gegen die beiden angestregten Ermittlungsverfahren, und gegen die üblen Tricks, mit denen Ulrike Meinhofs Rücksprache mit ihren Verteidigern verzögert wurde,

gegen den durchsichtigen Versuch, mit massiven Repressalien Rechtsanwälten die Verteidigung unbequemer politischer Gefangener zu verleiten. Keinen anderen Grund und Inhalt haben die Repressalien gegen die Rechtsanwälte Becker, Croissant, Groenewold, Lang, Reinhardt und Schily. Bei der Durchführung und Vorbereitung polizeistaatlicher Schauprozesse sind Verteidiger lästig, die, in Wahrnehmung ihrer Berufspflicht, Recht für den Gefangenen in Anspruch nehmen. Sie lassen sich nicht so ohne weiteres nackte Gewalt zugunsten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als Inhalt aller Rechtsstaatlichkeit andrehen. Vor allem lassen sie sich nicht mit der erforderlichen Leichtigkeit auf diesen "Sprachgebrauch" festlegen. Die "Hilfe" zur Beschleunigung dieses Anpassungsprozesses sollen Hetze, Beschuldigungen, Verleumdungen, Drohungen sein ...

gegen die Gesundheitsschädigung im Sinne des StPO durch die Zwangsrontgenaufnahmen bei Ulrike Meinhof und den versuchten Mord an Karmen Roll (Äthernarkose nach Art des Hauses Aichach) für ausschließlich erkenntnisdienstliche Zwecke durch die Medizin als unmittelbaren Handlanger von Polizei und Justiz unter Kontrolle des Kapitals. Daß Widerstandspflicht medizinischem Sachverstand weiterhin ein unverständliches Fremdwort ist, belastet Beauftragte und Auftraggeber umso schwerer. Der als exzessive Dummheit getarnte Zynismus bundesanwältlicher Erklärungen zu dieser Zwangsrontgenaufnahme erfüllt den Tatbestand bewußter Irreführung des Volkes.

Die polizeistaatlichen Liquidationen zu kommentieren sprengt den Rahmen dieser Form des Protestes.

Ursel Huber

ROTE-HILFE-HAMBURG

BÜRO AB 15.7. :
2 HH:13, RAPPSTR. 11

SPENDENKONTO
DRESDNER BANK HAMBURG

84539 333 ROTEHILFE

FREIHEIT FÜR ALLE GEFANGENEN



FRESSE HALTEN!

EINIGE LÄNGST BEKANNTE HINWEISE ZUM SELBSTSCHUTZ

Wenn die Bullen eine Treibjagd auf die Genossen der RAF inszenieren können, den Genossen von Rauch einfach umlegen können, wenn die Politische Polizei sich in der linken Bewegung wie suhause fühlen kann, dann liegt das nicht nur an der Gewittheit der Bullen oder den Fehlern der Genossen, die ge-

schnappt werden, das alles liegt auch an uns. Wir können über keinen politischen Mord klagen, ohne uns nicht gleichzeitig zu fragen, in welchem Maß wir durch Dummheit, Unvorsichtigkeit, Geschwätzigkeit und Leichtsinns dazu beigetragen haben. Durch ihre Unvorsichtigkeit machen die Genossen

sen der POPO das Leben leicht, sich selbst und anderen Genossen aber die Weiterarbeit schwer. Ein Bulle braucht sich doch bloß einmal in eine linke Kneipe zu setzen, da kann er alles mitkriegen, was sich in nächster Zeit abspielt. Er braucht nur diskret mal ein Telefon abzuhören, schon kann er die schönste Namen- und Adressenkartei der westberliner Linken zusammenstellen. Das weiß natürlich jeder. Nur es kümmert sich offensichtlich keiner darum. Es scheint ja im Moment alles nicht so schlimm zu sein. Jeder Genosse sollte sich aber vor Augen halten, daß man auch s e i n Telefon abhören könnte, daß

auch s e i n e Wohnung durchsucht werden könnte, daß auch neben i h m in der Kneipe ein Spitzel sitzen kann usw. Jeder sollte sich vor Augen halten, daß man auch i h n und jeden anderen Genossen, den er kennt einsperren kann, und daß die Bullen, wenn er erst mal sitzt, keine Träne um den 'Abbau seiner demokratischen Rechte' weinen werden.

Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, wollen wir hier - selbst wenn wir es schon öfter betont haben, selbst wenn es jeder schon weiß - noch einmal die wichtigsten Dinge, die man tun bzw. unterlassen sollte, zusammenfassen.

WIE SCHÜTZE ICH MICH VOR BULLEN- UND JUSTIZTERROR?

1 Kneipen dienen zur Reproduktion, nicht aber als politische Debattierclubs. Es dürfen in Kneipen g r u n d s ä t z l i c h keine Diskussionen über konkrete Aktionen, interne Auseinandersetzungen, das Verhältnis von Genossen X oder Y zur revolutionären Gewalt oder die politische Funktion irgend eines Genossen geführt werden. Es braucht nicht jeder zu wissen, wo ihr politisch tätig seid!



2 Informationsbedürftigen Menschen gegenüber die einem nicht persönlich bekannt sind und die man politisch nicht einschätzen kann, ist grundsätzlich die Fresse zu halten. Diskutiert mit ihnen, ob sie Bündnispartner des Proletariats sind, was sie von der letzten RPK halten oder andere unverfängliche Fragen, redet aber auf keinen Fall über konkrete Aktionen, die Frage der revolutionären Gewalt u.ä.m. Gebt auf keinen Fall Namen, Adressen oder Telefonnummern weiter. Neugierige schickt zur ROTEN HILFE, ZHH 13, RAPPSTR. 11 über zu den offiziellen Terminen eurer Organisationen. Vor allem: auch Bullen haben lange Haare und Bärte und wissen meist auch ganz gut über einige Sachen Bescheid. Laßt euch nicht täuschen: nicht jeder, der ein paar linke Sprüche im Mund führt, muß ein Genosse sein. Spitzel kommen oft aus den eigenen Reihen! Besondere Vorsicht gegenüber Leuten, die sich als politisch Verfolgte ausgeben und von euch einen falschen Pass, eine Unterkunft oder gar eine Knarre haben wollen. Ihr wißt grundsätzlich von nichts und schickt sie zur Roten Hilfe RAPPSTR. 11. Wenn sich solche Verfolgten auf euch bekannte Leute berufen, fragt gründlich nach, aber nicht am Telefon und auch nicht in Gegenwart dritter.

3 Dasselbe gilt für Leute, die euch in euren Wohnungen besuchen und behaupten, irgendjemand habe sie geschickt oder ihnen eure Adresse gegeben. Laßt möglichst keinen rein, verhandelt am besten nur auf dem Flur.

4 Am Telefon werden grundsätzlich keine Adressen, Telefonnummern oder Nachnamen genannt. Die Bullen können jeder Zeit euer Telefon oder das eures Gesprächspartners abhören, auch so daß es weder in der Leitung knackt noch eine Wanze im Hörer ist! Führt eure Telefongespräche so, daß sie für Dritte unverständlich sind. Auch Termine, Tagungsorte und Treffpunkte sollten am Telefon nicht genannt werden, und wenn, dann nur verschlüsselt. Das wirkt zwar lächerlich, ist aber sehr nützlich und einfach.

5 Wer Aktionen besprechen muß, kann dies auch auf einem Spaziergang machen. Frische Luft tut gut und ist Mikrofon- und Spitzelfrei. Aktionen werden grundsätzlich nur mit denen besprochen, die auch daran teilnehmen. Zuhörer und unparteiliche Ratgeber sind überflüssig. Aktionen werden nur von Gruppen durchgeführt, die sich gegenseitig gut kennen.

6 Sitzungen sollten an Orten abgehalten werden, die die Bullen aller Wahrscheinlichkeit nach noch nicht kennen. In der UNI und in der ESG haben die Wände Ohren. Auch in bekannteren Wohngemeinschaften ist Vorsicht angebracht. Mikrophone sind zwar nicht unsichtbar, aber oft sehr schwer zu finden. Deshalb: im Zweifelsfall woanders tagen.

7 In Adressenverzeichnissen reicht es, den Vornamen oder die Anfangsbuchstaben von Namen zu verwenden. Telefonnummern kann man auch für Außenstehende unverständlich machen. Man kann sein Adressenverzeichnis auch durch 'Onkel Otto' und 'Tante Paula' oder unbekannte Herrschaften aus dem Telefonbuch ergänzen, das erschwert den Durchblick für Fremde.

8 In Protokollen und Notizen sollten nur theoretische Erörterungen - soweit sie nicht die Frage der revolutionären Gewalt betreffen, Platz haben. Falls Namen genannt werden müssen, reichen Anfangsbuchstaben. Protokolle werden nur in so großer Zahl abgezogen, wie Leute sie brauchen. Matrizen und Überschußexemplare gehören in den Ofen. Auch die Namen von Organisationen sollten weggelassen werden, es sei denn, es handelt sich um die CDU oder die Notgemeinschaft.

9 Haltet eure Autos in Ordnung, achtet darauf, daß sie vorschriftsmäßig angemeldet sind etc. Führt immer einen Ausweis mit euch, sonst kann man euch zur Feststellung eurer Person grundlos jeder Zeit verhaften. Sorgt dafür, daß ihr eurem Wohnsitz polizeilich gemeldet seid, überlegt euch, wohin ihr verschwinden könnt, falls die Bullen euch mal suchen sollten. Vermeidet, durch irgendwelchen Kleinkram wie Klauen oder ähnliches aufzufallen!

10 Wenn euch irgendetwas komisch vorkommt, diskutiert es mit Genossen, derer ihr euch sicher seid. Wenn die Bullen irgendetwas gegen andere oder euch unternehmen, benachrichtigt die Rote Hilfe, Tel. 35 61 39.

Genossen, diskutiert diese Fragen der Sicherheit in euren Wohnungen und Organisationen. Nehmt diese Fragen ernst, überprüft sorgfältig die Durchführung solcher Sicherheitsmaßnahmen, kontrolliert euch und andere Genossen. Wer sich in diesen Fragen liberalistisch verhält, bringt Genossen in den Knast und steht selbst mit einem Bein darin.

FEIERABEND:

Acht Stunden Arbeit sind vorbei, Es sieht ganz so aus als wärst Du freikannst Dich vollaufen lassen, kannst ins Kino gehn, und du kannst Dein Geld im Puff ausgeben

Es ist Feierabend und die Arbeit ist vorbei Rück den Kies raus Junge und Du bist dabei!

Hast ne Pause verdient, aber mehr auch nicht Morgen gehts weiter warte nicht

Spring mitten rein ins süße Leben Du brauchst Dein Geld nicht für die Heilsarmee ausgeben

Spring mitten rein ins süße Leben Du brauchst Dein Geld nicht der Heilsarmee geben,

Es ist Feierabend und die Arbeit ist vorbei Heut ist Tanz auf dem Vulkan und Du bist dabei

Besuch doch heut mal Deinen Chef Fahr mit seinem Mercedes weg Gib ihm endlich seinen Lohn

Mach Dich auf die Socken er wartet schon Es ist Zahltag Junge und die Arbeit ist vorbei Tu was Du willst und Du bist Frei.

WENN WIR UNS ORGANISIEREN

Allein machen sie Dich ein, Schmeißen sie Dich raus Lachen sie Dich aus, und wenn Du was dagegen machst Sperren sie Dich in den nächsten Knast Und alles was Du da noch sagen kannst ist: das ist aber ganz schöner Hammer ey Mann

Zu Zweit zu dritt zu viern wird auch nichts anderes passieren Sie werden ihre Knüppel holen Und uns ganz schön das Kreuz versolen Und alles was Du da noch sagen kannst ist: das ist abern ganz schöner Hammer ey Mann

Zu hundert oder tausend kriegen sie langsam Ohrensausen Sie werden zwar sagen: das ist nicht viel aber tausend auch kein Pappenstil Und was nicht ist das kann noch werden Wir können uns ganz schnell vermehren.

In dem Land in dem wir wohnen sind aber n paar Millionen Wenn wir uns erstmal einig sind weht glaub ich n ganz anderer Wind Dann werden sie nicht mehr lachen sondern sich auf die Socken machen auf die Bahamas oder ins Tessin, der Teufel weiß am besten wohin Und Du weißt das wird passieren wenn wir uns organisieren und du weißt das wird passieren Wenn wir uns organisieren und du weißt das wird passieren Wenn wir uns organisieren!